

# Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Wilmersdorfer Str. 49  
Verleger: Rudolf Hübner, 1000, 1076 und 1262, - Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Zertilarbeiter Berlin

Bezeichnet sich als nicht - Bezeichnet alle!

Abgabe- und Werbepreis: 40 Pf. (Postgebühren 10 Pf.)  
Wemler Straße 4/9 (Postgebühren 10 Pf.)  
Preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Pf.  
Anzeigenpreis 4 Pf. für die dreizehntägige Stelle

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Rundum Lohnkämpfe.

### Der Lohnkampf in Baden!

Nachdem die Verhandlungen im badischen Lohnstreit ergebnislos verlaufen waren und von einer Reihe von Betrieben die Kündigung eingereicht wurde, hatte der Schlichter für Baden von Amts wegen eingegriffen und die Parteien zu einer Verhandlung auf Dienstag, den 6. Dezember 1927, nach Karlsruhe eingeladen.

Auch in diesen Verhandlungen war es nicht möglich, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, so daß sich der Schlichter genötigt sah, die Schlichterkammer zusammenzurufen und einen Schiedspruch zu fällen. Der Schiedspruch fand weder die Zustimmung der Arbeitnehmer noch die der Arbeitgebervertreter.

Er wurde mit der alleinigen Stimme des Vorsitzenden gefällt. Nach diesem Schiedspruch erhöht sich der Spitzenlohn des über 25 Jahre alten männlichen Arbeiters von 55 auf 60 Pf. Im selben Ausmaß erhöhen sich die übrigen Zeitlöhne, wie auch die Branchenlöhne. Die Akkordstücklöhne erhöhen sich bis zu einem Ueberschuss von 20 Proz. um 100 Proz. der Zulage. Bei einem Ueberschuss von 21 bis 30 Proz. um 75 Proz. und bei einem Ueberschuss über 30 Proz. um 60 Proz. der Zulage für die Zeitlöhner.

Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegungen sollen auf beiden Seiten nicht stattfinden. Die Lohnerhöhung beginnt von der Lohnwoche, in die der 15. November fällt. Der Schiedspruch kann auf das Ende der Lohnwoche gekündigt werden, in welche der 1. September 1928 fällt.

Auf Grund dieses Schiedspruches haben die daran beteiligten Gewerkschaften eine außerordentliche Landeskonferenz für die badischen Betriebsräte auf Sonnabend, den 10. Dezember 1927, nach Freiburg i. Br. einberufen. Die Konferenz wird zu dem Schiedspruch Stellung nehmen und über Ablehnung resp. Annahme desselben Beschlüsse fassen.

### Beendigung des Textilarbeiterlohnkampfes in Westthüringen.

Seit dem 2. Dezember waren in diesem Bezirk circa 9000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen ausgesperrt, circa 1500 waren bereits eine Woche vorher in den Streik getreten. Der Grund zum Streik lag in dem ungenügenden Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Erfurt, der den Spitzenstundenlohn auf 58 Pf. festlegte. Für diesen Spruch hatten die Arbeitgeber beim Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit beantragt. Dieser lehnte jedoch den Antrag ab. Trotz Aussperrung und Hervortreten des Machtpunktes bei allen Verhandlungen fühlten sich die Unternehmer jetzt anscheinend sehr hilflos und suchten bei den Gewerkschaften neue Verhandlungen nach. Diese fanden am 5. Dezember in Gotha statt und endeten mit einer Vereinbarung, die an Stelle des im Schiedspruch vorgesehenen Spitzenstundenlohnes von 58 Pf. einen solchen von 60 Pf. festlegt. In der Akkordlohnfrage, in der die Arbeitgeber bisher den stärksten Widerstand zeigten, wurde eine Regelung getroffen, wonach kein Akkordarbeiter ohne Lohnerhöhung bleiben darf. Die beiderseitigen Kampfmaßnahmen werden mit sofortiger Wirkung eingestellt. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik bzw. die Aussperrung als nicht unterbrochen. Damit hat die Textilarbeiterschaft Westthüringens in diesem Kampf einen schönen Sieg errungen. An Stelle der im Schiedspruch vorgesehenen Lohnerhöhung von 9,4 Proz. tritt nunmehr eine solche von 13,2 Proz.

### Pariser Verhandlungen im Niederelbebezirk.

Die Arbeitnehmer hatten den Manteltarif sowie den Lohnstarif für den Niederelbebezirk gekündigt. Zu beachten ist, daß auch der Manteltarifvertrag für den Hamburger Bezirk gekündigt wurde und in der Zwischenzeit sich die unter diesen Tarifvertrag fallenden Firmen dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie im Niederelbebezirk angeschlossen haben.

Nachdem freie Verhandlungen ergebnislos verliefen, riefen die Arbeitgeber den Schlichter an. Da mehrere Schlichterbezirke in Betracht kommen, hat das Reichsarbeitsministerium den Hamburger Schlichter, Dr. Stenzel, als Sonderlichter bestellt. Am 23. November tagte die Schlichterkammer und fällte mit der Stimme des Vorsitzenden einen Spruch sowohl für den Manteltarif wie für den Lohnstarif. Der Lohnschiedspruch sieht bei den männlichen Hilfsarbeitern in der Spitze eine Erhöhung von 11,6, bei den weiblichen von 13,5 Proz. vor. Diese Schiedsprüche wurden von den Arbeitnehmern abgelehnt und es kam in der Jutespinnerei und -weberei Schiffbruch zum Streik. Die Arbeitgeber nahmen die Schiedsprüche an und beantragten beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit derselben. Das Reichsarbeitsministerium hat den Termin für die Nachverhandlung auf den 10. Dezember festgesetzt.

### Einfuhr von Textilmaschinen.

In welchem Ausmaß die deutsche Textilindustrie rationalisiert bzw. ihre Maschinenparks erneuert, beweist die Einfuhr von Textilmaschinen nach Deutschland. Sie hat sich gerade in den letzten Monaten ganz bedeutend gesteigert, woraus man auf den Bedarf der deutschen Textilindustrie und auch auf ihre wachsenden finanziellen Mittel schließen kann. Es wurden durch England an Textilmaschinen ausgeführt:

	1925	1926	1927
Nach dem europäischen Festland in Tonnen	44 268	41 647	49 881
Ausfuhr in engl. Pfund	4 496 424	3 845 877	4 889 281
Davon gingen nach Deutschland:			
in Tonnen	6 272	8 398	7 032
in engl. Pfund	693 144	383 185	756 429

Im Monat Oktober hat Deutschland allein 1065 Tonnen Textilmaschinen in einem Wert von 120 777 Pfund aus England eingeführt. Der überwiegende Teil dieser Einfuhr bestand in Spinnereimaschinen.

### Verhandlungen für die sächsischen und thüringischen Webereien.

Von Arbeitnehmerseite war der bisher gültige Manteltarifvertrag gekündigt und ein Entwurf zum Abschluß eines neuen beim Arbeitgeberverband eingereicht worden. Die am 2. Dezember zwischen den Parteien stattgefundenen Verhandlungen scheiterten. Die Parteien einigten sich jedoch dahingehend, daß eine Schlichterkammer gebildet werden soll unter dem Vorsitz des zuständigen Schlichters, Herrn Ministerialrat Dr. Hauschild. Die Schlichterkammer tagte am 7. Dezember. Ein Schiedspruch kam noch nicht zustande infolge Vertagung auf unbestimmte Zeit.

arbeitsminister eine Verordnung erlassen, wonach der Achtstundentag in den Stahl- und Walzwerken durchgeführt werden soll. Die Einführung des normalen Achtstundentages ist durchaus möglich, da gerade die Eisen- und Stahlindustrie durch Mechanisierung ihrer Betriebe und Verbesserung der Produktionsmethoden ihre Profite ganz bedeutend gesteigert hat. Aber die Schwerindustrie will nicht. Sie droht, die Betriebe ab 1. Januar 1928 stillzulegen. Das bedeutet die Aussperrung von einigen hunderttausend Arbeitern.

Es ist nicht die drohende Riesenaussperrung, auch nicht der Kampf um den Normalarbeitstag, sondern das Vorgehen der Unternehmer überhaupt, das hier besonders interessiert. In der Drohung, Hunderttausende von Arbeitern auf das Straßenpflaster zu werfen und die Betriebe zu schließen, prägt sich der Geist der Gefahrengemeinschaft aus. Die Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen, das ist die Domäne der Generaldirektoren vom Schlage Böglers und Reuschs, die jahrelang den Kampf in Reden und Zeitungsartikeln gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft geführt haben. Nicht umsonst hat man die Aussperrungsklassen gegründet, Kapitalien gehäuft, um den Kampf gegen die Arbeiterschaft, den Aussperrungskrieg zu finanzieren. Die sogenannten Gefahrengemeinschaften, die ja auch auf die Textilindustrie und andere Industrien ausgedehnt worden sind, haben jenen Kampf vorbereitet, der jetzt in der Eisen- und Stahlindustrie beginnt. Die angeordnete Aussperrung in der deutschen Schwerindustrie ist gewissermaßen die Generalprobe.

Wer klar sieht, wird uns beistimmen, wenn wir folgendes feststellen: Die Aussperrung in der Schwerindustrie mag vielleicht durch Initiative des Reichstages und durch Eingreifen des Reichsarbeitsministers vermieden werden. Die Dinge liegen ja in Wirklichkeit auch so, daß eine Riesenaussperrung, wie man sie in Rheinland und Westfalen plant, zwar Hunderttausende von Arbeitern brotlos macht; den Eisen- und Stahlindustriellen drohen aber gerade jetzt in der Zeit der Hochkonjunktur Millionenverluste, die selbst ihnen zu denken geben. So sehr man die Wirtschaftskatastrophe einer Riesenaussperrung vermeiden möchte, muß festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft den Kampf nicht zu scheuen hat. Einmal wird dieser Kampf doch ausgefochten werden müssen; denn die Partei der Generaldirektoren will diesen Kampf. Solange Leute wie Böglers und Reusch die Politik der Schwerindustrie bestimmen, ändert sich an diesen Perspektiven gar nichts, hängt das Schwert der Riesenaussperrung über unserm Wirtschaftsleben. Helfen kann der Arbeiterschaft nur die geschlossene Organisation, Disziplin, mit der man Schlachten, wie die drohenden, schlagen kann.

Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie würde sich ihre Drohung, die Arbeiterschaft auszusperrn, doppelt überlegen haben, wenn der internationale Eisenpakt, die „Internationale Rohstahlgemeinschaft“ nicht wäre. Kommt es im Rheinland und Westfalen zum Kampfe, so hofft die Schwerindustrie augenblicklich, von den Kartellmitgliedern in Frankreich, Luxemburg und Belgien mit Eisen und Stahl versorgt zu werden; zum mindesten darf sie damit rechnen, daß die Eisenwerke in den genannten Ländern keine Konkurrenzlieferungen nach Deutschland während des Kampfes vornehmen. Hier wirken sich zum ersten Male die Gefahren der internationalen Kartelle aus und mahnen die Öffentlichkeit daran, daß solche internationalen Kartellierungen, wie wir sie in der Eisen- und Stahlindustrie besitzen, nicht ohne zügelnde Kontrolle bleiben dürften.

### Politische Wochenchau.

Ein „Sieg“ des Bürgerblocks. — Kriegserklärung der Eisenkönige. — Um die Senkung der Lohnsteuer. — Der politische Studentenunflug. — Die diplomatischen Verhandlungen in Genf.

Die große wirtschaftspolitische Debatte im Reichstag hat mit der Ablehnung der von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensanträge geendet. Die Regierung des Bürgerblocks kann aber auf diesen Sieg nicht stolz sein. Sie erhielt 229 Stimmen, während 192 Abgeordnete gegen sie stimmten und 14 sich der Stimme enthalten hatten. Die Mehrheit der Regierung beträgt also nur 37 Stimmen, das heißt, daß der Bürgerblock tatsächlich nur noch eine Minderheit des Volkes hinter sich hat, denn seit der Wahl im Dezember 1924 ist die Stimmung bei den Massen völlig umgeschlagen. Wie schwach die Stellung der jetzigen Regierung ist, das zeigte sich auch in der Debatte, in der nur noch die Vertreter der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei die Wirtschaftspolitik der Regierung, die städtegegnerrische Haltung des Reichsbankpräsidenten Schacht und das arbeitserfindliche Verhalten der Schwerindustrie zu verteidigen wagten.

Raum war die Debatte im Reichstag beendet, da kam auch schon die Kriegserklärung der Großen Eisenindustriellen an die deutsche Arbeiterschaft heraus. Sie teilten dem Reichsarbeitsminister mit, daß sie zum 1. Januar 1928 ihre Betriebe stilllegen würden, wenn zu diesem Termin die Verordnung über den Dreischichtenwechsel in den Hüttenbetrieben durchgeführt und der von den Gewerkschaften geforderte Lohnausgleich bewilligt werden sollte. Diese Kriegserklärung der Eisenkönige bedeutet nicht allein eine Kampfankündigung an die organisierte Arbeiterschaft, sie befundet darüber hinaus die Absicht des Großkapitals, den Staat völlig seinem

## Eine Riesenschlacht.

Generaldirektoren wittern Morgenluft.

Die christliche Religion hat den Völkern den Begriff der Hölle beigebracht. Das ist der Ort, sagt eine mündlich-schriftliche Auffassung von Schuld und Sühne (die „Hegen“ auf die Scheiterhaufen schleppte und verbrannte), wo sündige Seelen für alle Untaten gestraft werden, die sie im irdischen Leben begangen haben. Das ist der Ort der Bibel, wo Heulen und Zähneklappern ist. Einer der größten Dichter des Mittelalters, der Italiener Dante, hat es unternommen, diese Hölle der christlichen Religion mit aller Phantasie eines Kindes seiner Zeit auszumalen. Jedes Kind, das sich eine blutig-überhitzte Phantasie denken kann, steigt aus der Dichtung des großen Italieners als Attribut der Hölle empor — und mit Schauern und Entsetzen legt der Leser von heute das Buch beiseite mit der beruhigenden Versicherung: es ist Dichtung, es ist Phantasie.

Wenn jemals im Zeitalter des modernen Industrielantismus sich diese Phantasien aber verwickelt haben, dann nur in unseren Stahl- und Walzwerken. Furchtbar ist die Arbeit in ihnen. Und wer es eben vermag und wem irgend etwas anderes übrig bleibt, geht nicht ins Eisenwerk. Sommer wieder haben die Agenten der Schwerindustrie aus

den Agrarbezirken Europas die kräftigsten Menschen für die Arbeit in der Eisen- und Stahlerzeugung herangeholt. Aber auch sie, die Riesen, die Giganten, einer furchtbaren Ofenhölle ausgeliefert und nur notdürftig beheizt, mit den Zyklopen der alten Sage vergleichbar, sind den Anforderungen dieser furchtbaren Arbeit nur für kurze Zeit gewachsen. Sie welken weg und fliehen dahin. Ihre Lebensdauer ist, verglichen mit der in anderen Berufen, verhältnismäßig gering. Das ist die Hölle unserer Zeit. Dazu bedarf es keiner Danteschen Phantasie. Der Dichter ruft in seinem Werke den sündigen Seelen, die zur Hölle gehen, zu: Ihr, die Ihr eintretet, laßt alle Hoffnung fahren. Wer in die Hölle unserer Eisen- und Walzwerke geht, kann nur ohne Hoffnung sein. Er muß abgeschlossen haben.

Man sollte meinen, ein humanes Zeitalter wie das unserige hätte alles darangesetzt, um diesen Arbeitern ihr Los erträglicher zu machen. Das Gegenteil ist der Fall. In den Höllen der Stahl- und Walzwerke werden die niedrigsten Löhne gezahlt, gibt es die längsten Arbeitszeiten. Und die schwere Industrie denkt gar nicht daran, hier etwas zu ändern. Im Sommer dieses Jahres hat nun der Reichs-

Wollen zu unterwerfen. Die Schwerindustriellen wollen verhindern, daß die Verordnung auf Einschränkung der möglichen Arbeitszeit in den Hüttenbetrieben durchgeführt wird. Sie wollen verhindern, daß den Schwererarbeitern ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird. Sie behaupten, daß ihre Betriebe die Mehrkosten nicht tragen könnten. In Wirklichkeit zeigen die Geschäftsabläufe der großen Unternehmungen im Ruhrgebiet eine außerordentliche Steigerung der Produktion bei nur geringerer Erhöhung der Belegstunden und eine ständige Senkung der Produktionskosten. Gerade jetzt wird der Abschluß des Krupp-Werkes bekannt. Diese Gesellschaft hat ihren Rohgewinn von 33 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 42,7 Millionen Mark im Jahre 1927 gesteigert und einen Reingewinn von 13 Millionen Mark erzielt. Das Bankguthaben ist von 14 Millionen auf 42 Millionen gestiegen. Noch günstiger sind die Ergebnisse bei den anderen Werken; sie können also eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit Leichtigkeit tragen. Die bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos geblieben, so daß jetzt ein Schiedsgericht in Kraft treten soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der auf die unüberleblichen Folgen einer Stilllegung der deutschen Großindustrie hingewiesen und die Reichsregierung gefragt wird, was sie tun wolle, um die Achtung des Staatswillens auch den Unternehmern gegenüber durchzusetzen, die Durchführung ihrer Verordnung zu sichern und die deutsche Wirtschaft und die Finanzen sowie das deutsche Volk vor einer schweren Katastrophe zu bewahren. Eine ähnliche Interpellation haben auch die Kommunisten eingebracht. Wie stark die Erbitterung über die Herausforderung der Großkapitalisten ist, geht daraus hervor, daß selbst „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, mit der Sozialisierung der Schwerindustrie droht.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 100 auf 140 M. monatlich ist von der Bürgerblockregierung mit der Vorlage eines eigenen Entwurfs beantwortet worden. Danach soll das bisherige steuerfreie Existenzminimum von 1200 M. jährlich nicht erhöht, sondern der Steuerfuß von 10 auf 9 Proz. herabgesetzt und die Familienermäßigungen erhöht werden. Das würde eine wesentliche Benachteiligung der Lohnsteuerzahler zur Folge haben. Nach einer im Jahre 1925 geschaffenen Bestimmung muß das Einkommen aus der Lohnsteuer auf 1200 Millionen Mark jährlich begrenzt werden, die Regierung aber will 1300 Millionen herauswirtschaften. Während die Löhne nur um durchschnittlich 8 Proz. gestiegen sind, hat sich der Ertrag aus der Lohnsteuer um 21,3 Proz. gehoben. Es ist zu erwarten, daß auch in der nächsten Zeit der Ertrag aus der Lohnsteuer weit schneller steigen wird als die Erhöhung des Arbeitslohnes. Die Regierung ist also verpflichtet, den von der Sozialdemokratie gewiesenen Weg zu gehen, die Bestimmung von 1925 auszuführen und das steuerfreie Einkommen auf mindestens 140 M. im Monat zu erhöhen. Auf keinen Fall darf den Lohnsteuerpflichtigen anstatt der Erfüllung ihrer gesetzlich festgelegten Ansprüche ein Almosen gegeben werden.

Der völkische Studentenaufzug an den deutschen Universitäten hat zu einer großen Debatte im Preussischen Landtag geführt. Der preussische Kultusminister hatte den Studenten die Wahl gelassen, entweder ihre rechtsradikal-antisemitische Agitation aufzugeben, oder auf ihre staatlich anerkannte Organisation zu verzichten. Die Studenten haben das letztere vorgezogen und aus diesem Grunde wurde die Organisation „Die deutsche Studentenschaft“ aufgelöst. Die Deutschnationalen brachten nun eine Interpellation ein, in der sie behaupteten, die Studentenschaft sei der beste Hort deutscher Kultur gegen die Schlammslut des Materialismus. Der Minister konnte demgegenüber feststellen, daß bisher 18 schwere Fälle von Unterschlagung der Zwangsbeiträge der Studentenschaft zu gerichtlicher Aburteilung gelangt sind und daß die Regierung deshalb Sicherheiten gegen solche Verwahrlosung fordern mußte. Die Akademikerverbände bildeten einen Hort der Reaktion, auf die anders denkenden Studenten werde ein geradezu terroristischer Zwang ausgeübt. Die preussische Regierung werde deshalb bei ihren bisherigen

Beschlüssen bleiben, da die bisher völkische Mehrheit der deutschen Studenten gezeigt hätte, daß sie für eine Selbstverwaltung nicht reif sei.

Die Zusammenkünfte der Regierungsvertreter in Genf, erst bei der Abrüstungskonferenz, dann bei der Sitzung des Völkerbundesrates, haben zwei bemerkenswerte Ereignisse gezeitigt. Zunächst kam es zu einer vertraulichen Aussprache zwischen dem Vertreter Großbritanniens, Chamberlain, und dem Vertreter Sowjetrußlands, Litwinow, die allem Anschein nach die Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern angebahnt hat. Dann haben der litauische Diktator Woldeparas und der polnische Außenminister Jaleski große Reden über das polnisch-litauische Verhältnis gehalten. Seit der Besetzung Wilnas durch den polnischen General Zeligowski besteht noch immer der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen. Es ist jetzt Aussicht, daß durch das Eingreifen der großen Mächte der Friedenszustand zwischen diesen beiden Ländern wieder hergestellt wird.

**Verlustquellen der Industrie.**

Wo bleibt die deutsche Untersuchung?

Dieser Tage fiel mir ein kleines Büchlein mit der Überschrift „Verlustquellen der Industrie“ in die Hände, das ich mit steigender Unruhe gelesen habe. In diesem Büchlein werden die untersuchten Arbeiten des Ausschusses zur Beseitigung industrieller Verschwendung der „Federal American Engineering Societies“ fesselnd geschildert. Ich glaube mich zu erinnern, daß wir in Deutschland eine ähnliche Einrichtung haben. Wir nennen es stolz „Reichsministerium für Wirtschaftlichkeit“. Dieses Reichsministerium tagt, es werden auch wohlklingende Reden gehalten, aber von irgendwelchen größeren tiefwirkenden Untersuchungen ist bisher noch nichts bekannt geworden. Da sollten sich die Herren an dieser amerikanischen Untersuchung ein Beispiel nehmen. Amerika ist doch die große Mode unserer Wirtschaft. Wir haben jedoch das Empfinden, daß von dort nur das übernommen wird, was unseren Wirtschaftsgewohnheiten in den Kram paßt. In der Vermeidung industrieller Verluste und organisatorischer Fehlerquellen wird die deutsche Wirtschaft von Amerika lernen können. In der Veröffentlichung wird ein guter Einblick in die Art und die Ergebnisse der amerikanischen Untersuchung gegeben. An der Spitze der Vereinigung steht Herbert Hoover, und mit echt amerikanischer Schnelligkeit, an der sich unsere deutsche Wirtschaft ein Beispiel nehmen kann, ist die Vereinigung an ihre Aufgabe herangegangen, denn in weniger als fünf Monaten hat der Ausschuss eine Uebersicht der bestehenden Verlustquellen in sechs besonderen Industriezweigen vollendet. Das Gesamtergebnis der einzelnen Untersuchungsberichte geht aus der folgenden Tabelle ziemlich klar hervor:

Untersuchte Industriezweige	Verantwortlichkeit						
	der Verschwendung		der Unvollständigkeit		der mangelhaften Ausführung u. a. Faktoren		
	Summe in Proz.	Summe in Proz.	Summe in Proz.	Summe in Proz.	Summe in Proz.	Summe in Proz.	
1. Personalverschwendung...	48,53	75	10,50	16	4,95	9	63,78
2. Baugewerbe...	34,30	65	11,30	21	7,40	14	53,00
3. Druckereien...	36,36	63	16,25	28	5,00	9	57,61
4. Schuhfabrikation...	30,25	73	4,85	11	3,53	16	40,93
5. Metallindustrie...	23,23	81	2,55	9	2,88	10	28,66
6. Textilindustrie...	24,70	50	4,70	10	19,80	40	49,20

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß für mehr als 50 Proz. der vorkommenden Verluste die Betriebsleistung und für weniger als 25 Proz. die Arbeiterleistung verantwortlich gemacht werden können. Als Quellen und Ursachen der industriellen Verluste werden angegeben: geringe, unterbrochene, zurückgehaltene und verlorene Erzeugung. Wir wollen einige Beispiele aus der Untersuchung des Ausschusses folgen lassen. Durch mangelhafte Materialkontrolle entstehen außerordentlich starke Verluste. In der Bekleidungsindustrie wird als Ursache von Verlusten das in starkem Maße eingeriffene Verfahren des Spekulierens in Rohmaterialien angegeben. Auf diese Weise

werden Vermögen gewonnen und verloren. Die Erzeugung leidet. Der Mangel ausreichender Erzeugungskontrollverfahren ist nach dem Bericht in allen untersuchten Industrien gleichmäßig und wird als eine der allergrößten Verlustquellen angesehen. Die Untersuchungen zeigten, daß mindestens zehn Stunden wöchentlich von jedem Arbeiter durch energie- und zeitverschwendende Arbeit, die auf mangelhafte Arbeitsverfahren zurückzuführen ist, verloren gehen. Der Bericht beklagt die mangelhafte Arbeiterkontrolle, durch die Arbeitskräfte entlassen wurden oder ihre Arbeit auf eigenen Wunsch verließen, ohne daß der Leiter den Grund wußte. In den Betrieben der Metallindustrie betrug im Jahre 1920 der durchschnittliche Arbeiterwechsel etwa 160 Proz. Auch der Mangel an Kenntnis der Tatsachen, die als Grundlage für die Arbeitsbestimmung verwendet werden können, werden in der Untersuchung vielfach als Ursache von Lohnschwierigkeiten bezeichnet. Ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit den Ursachen der Erzeugungsverminderung, für die Besitzer und Arbeiter durch verschiedene Ursachen verantwortlich gemacht werden. Die verlorene Erzeugung erfolgt in erster Linie durch Krankheit, und es wird in der Untersuchung festgestellt, daß 42 Proz. der Erkrankungen vermeidbar gewesen wären, und daß durch geeignete Vorbeugungsmaßnahmen das durchschnittliche Menschenleben um etwa 15 Jahre hätte verlängert werden können. Der wirtschaftliche Verlust durch vermeidbare Krankheiten und Tod wird mit 1 800 000 000 Dollar angegeben, die durch industrielle Unfälle verlorene Arbeitszeit wird auf etwa 296 000 000 Tage geschätzt und der volkswirtschaftliche Verlust beträgt etwa 833 000 000 Dollar für das Jahr 1918. Die Sachverständigen bestätigen, daß 75 Proz. der Verluste hätten vermieden werden können. Unter den Vorschlägen, die der Ausschuss für die Behebung der Verlustquellen der Öffentlichkeit unterbreitet, sind vor allen Dingen die Maßnahmen hervorzuheben, die auf bessere Beziehungen zu Unternehmern und Arbeitern hinführen. Als hauptsächlichste Ursachen für die industrielle Unzufriedenheit, die mit industriellen Verlusten verbunden sind, werden angegeben: Abbau, Angst vor Arbeitslosigkeit, Mangel an wissenschaftlichen und anerkannten Verfahren für Zeit- und Lohnbestimmung, Ungerechtigkeit, mangelnde Gesundheit und industrielle Unfälle sowie jene Ursachen, die mit einer rückständigen Betriebsleitung und Beschränkung der Ausbeute verbunden sind.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Bericht Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen sucht, aber der sachliche Leser dieses Berichtes wird sich der überzeugenden Einsicht nicht verschließen können, daß die wesentlichsten Ursachen für die Verlustquellen in der Wirtschaft auf Seiten der Leitungen der Unternehmungen liegen und die Belegschaften in erster Linie darunter zu leiden haben. Solche Untersuchungen sind von außerordentlicher Wichtigkeit, und es ist dringend zu fordern, daß auch der Enqueteausschuss Beiträge durch seine Untersuchungen liefert.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auf die von der Statistischen Abteilung des Amerikanischen Handelsamtes durchgeführte Erzeugungsstatistik aufmerksam machen, die in dem Handelsjahrbuch für 1928 veröffentlicht worden ist. In dieser Untersuchung wird festgestellt, daß die amerikanische Erzeugung binnen sechs Jahren um 20 Proz. gestiegen ist. Das Amerikanische Handelsamt hat ferner Zahlen der amerikanischen Erzeugung in den Jahren 1899 und 1925 vergleichsweise gegenübergestellt. Von 1899 bis 1925 ist die Zahl der Arbeitskräfte um 35 Proz. (von 17,3 auf 23,2 Millionen) gestiegen; die Erzeugungsmenge hat sich um 144 Proz. und die Erzeugungsergebnisse pro Arbeitskraft um 79 Proz. erhöht.

Aus den Untersuchungen über die Verlustquellen in der Industrie und den zuletzt angegebenen Zahlen ist ersichtlich, weshalb die amerikanische Volkswirtschaft — abgesehen von ihrer natürlichen Ueberlegenheit — den europäischen Wirtschaften weit überlegen ist. Dort Großzügigkeit und der Wille, Fehler zu vermeiden und abzustellen, in der europäischen Wirtschaft Engherzigkeit und als einziges Hilfsmittel, die Erzeugung der Wirtschaft zu steigern: lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne. Die amerikanischen Unternehmer sind nicht um der schönen Augen der Belegschaften willen, großzügig, sondern denken an ihren Nutzen dabei in erster Linie, aber sie sind doch so sachlich genug, um zu wissen, daß auch die Belegschaften der Unternehmungen dabei auf ihre Kosten kommen. Bei uns fehlt aber noch jede Durchleuchtung der Wirtschaft, und die deutschen Unternehmer tun nichts, um sie herbeizuführen, obwohl sie sehr wesentlich ist zur durchgreifenden Veränderung der Verhältnisse. C. u. s.

**Herbstabend im Gericht.**

Der Gerichtsjaal trägt noch immer sein gleiches Gesicht, das dem ständigen Besucher so bekannt ist.

Auch die Termine sind sich oft gleich, z. B. wenn sie zum zweiten- oder drittmal behandelt werden.

Heute spielen im Gerichtsjaal auch Sonnenstrahlen lustig und neugierig und als ich ihnen auf die Spur gehe, sehe ich durch das Fenster eine Welt so wunderbar schön, daß meine Augen haften bleiben und sich nicht losreißen können. Da liegen bis weit hin an den Horizont viele Felder, reichlich sich an Feld, voll von Stoppeln, frisch gepflügten Ackerfurchen und dampfendem Mist, der den Feldern neue Kraft geben soll.

Die große Bierede oder lange Rechtecke liegen sie aneinander und unterhalten sich nur durch die verschiedene Farbe ihrer Flächen. Durch die Felder zieht sich auch ein Grund, der mit vielen Bäumen bewachsen ist. Die Bäume streben empor, tragen lehtes Laub, und einige greifen schon mit nackten Ärmeln in die Sonne. Die Drüben am Horizont die Erde küßt.

Dort ragen die Berge wie dunkle Schatten in den Äther, dessen Wölke nur von Wolken unterbrochen sind; von Wolken, die der Wind treibt, und die sich leicht röten beim Kuß, den die Sonne der Erde gibt. Und als dann die Sonne sich mit der Erde umfängt, als sie in die Erde hineinwächst, da werden die Wolken vor Scham blass, werden glühender und verbrennen ihre Ränder in gelblich-gelbem Glut.

Demnach schauen auch die Wolken diesen gigantisch schönen Sonnenanblick zu, schauen und sind gefesselt von der Pracht — wie ich, der ich noch die immer wechselnde Farbenharmonie der Wolken sah, die fremden überströmte — sich nicht trennen konnten von dem Schönen, das ihnen und mir die Natur schenkte.

Da kam die Sonne leuchtend in den Gerichtsjaal. Es war eine ungewöhnliche Sonne im Ansehen, die wie alle Sonnen dem Menschen ein Gesicht angedeutet. Es war jung, schön, voll stolzen Wunsches und besaß ein Gesicht, das von pulsenden Blutströmen durchzogen wurde und wirklich anzusehen war; es war ein wunder-

liebliches Gesicht, das auch der glücklichste Mensch — und solche soll es noch geben — nicht als Larve oder Frage bezeichnen konnte.

Die Mädchenjonne blendete wie eine natürliche und zog alles in ihren Strahlenbann. Sie kam als Vertreter ihres Chefs und war zugleich Zeugin. Ihre Erscheinung war feenhaft, obwohl ihr Charakter und Auftreten männlicher als das manchen Mannes war. Dies hätte den Mann einschüchtern können, der in Versuchung genommen wäre, sie als gesetzliche Frau zu erwählen. Ein solcher war nicht im Gerichtsjaal; — so wirkte sie nur anziehend und bewundernd zugleich.

Selbst der sonst tüchtige Richter war entzückt. Er ließ der Zeugin ihre Aussage direkt dem Urkundenbeamten in die Feder diktieren. Dieser war bisher auch von der sonnigen Mädchenform begeistert gewesen; er schien es jetzt weniger zu sein. Es ging ihm wie dem, dem man dieses Mädchen als Frau angeboten hätte; er protestierte, — weil die Zeugin zu schnell diktieren. Dieser Protest half nichts; denn lebenswürdig hat der Richter die Zeugin, langsamer zu sprechen. Sie, gewinnend lächelnd und schon etwas stolz, befolgte den Rat und — diktierte dem Urkundenbeamten in die Feder. Der hatte sich in sein Schicksal ergeben.

Die Aussage der Zeugin war so klar und bestimmt gemacht, und sie war so reizend und glaubwürdig, daß vom Gericht auf eine Verurteilung verzichtet wurde.

Sie gewann als Vertreter des Chefs den Prozeß. Auf die Entscheidung des Gerichts hat aber der von ihr ausgehende Siebreiz keinerlei Einfluß gehabt; denn durch die vorliegenden Tatsachen mußte dieses Mädchen recht bekommen.

So hatte die Sonne im Gerichtsjaal gewirkt und war reichlich gewesen wie die Sonne der Natur. Alles hatte ihr still entgegengejubelt, alles hatte sich von ihr bezaubern lassen, und dennoch gewann keine Mädchenjonne den Prozeß nur, weil es auf Grund der Tatsachen nicht anders möglich war.

Eigentlich schade, denn ein unfaire Sieg hätte den Zauber dieses Sonnenbetrachtes mehr gemühdigt, und ein für sie gefälltes Gesicht wäre nie klüßig gewesen; es hätte nur gelacht, daß auch ein Richter menschliche Gefühle besitzt und von tolestanten Mädchenaugen betört werden kann.

**Der Hund.**

Sätze von Grazia Deledda.

Am Strand bin ich heute — ein seliger Morgen war es — einem Hund begegnet. Drei Landleute hockten im Sand; ein Schirm, zusammengerollt, neben ihnen — und Körbe, Schuhe, welche ihnen das Gehen erschwert hatten.

Ein Hund, die Pfoten im Wasser, stand ruhig dabei; durchs Maulkorbgeißel starrte er — wie ein Gefangener — in Meeresfernen.

Barfüßig ging auch ich, im Wasser, vorüber — und blickte ihn an; denn ich sehe lieber in die Augen der Tiere als in die der Menschen, welche lügenhaft ...

Der große Hund schaute zu mir herauf; er hatte große, sanfte Augen, ein junges ehrliches Gesicht; seinem hohen grauen Rücken waren braune Kontinente — wie einer Erdkarte — eingezeichnet. Er achtete sofort meine, dem guten Wetter und der friedlichen See entsprechende gute Laune; er folgte mir.

Ich hörte das Plätschern seiner Schritte; sie glichen denen eines kleinen Kindes; er erreichte mich, leis berührte mich seine Schnauze, als wolle er sagen, daß er da sei und um Erlaubnis bäte mich zu begleiten.

Ich wandte mich um und streichelte seinen samtigen Kopf; da wachte ich plötzlich, daß ich nun in der Welt einen Freund hatte. Auch er schien vergnügt, weil manches ihm neu vorkam, erft schwer, fühlte er sich jetzt leicht, lief vor mir her, als tanze er im Wasser, wo seine glatten Pfoten zwischen glitzernden Gischtwölfchen auftauchten; ab und zu machte er halt, drehte sich um —, wollte feststellen ob ich mit ihm zuhause sei.

Seine Augen waren glücklich, und die meinen wohl auch; wir hatten beide viele Dinge verloren.

Das Meer war als drittes mit auf diesem schönen Spaziergang; und es dachte nicht an die Wallungen des Zornes, die es nur zu oft — aber nicht öfter als uns — heimlich. Mit unseren Füßen ländelten die Wellen.

Im nassen Spiegel des Strandes strahlte mir auch das Bild der Sonne voran und wollte sich eigenmächtig wieder erreichen noch betrachten lassen.

Zwei hochgewachsene Knaben kamen vorüber und trugen in ihren





### Wie verhalte ich mich bei Unfällen?

Einige Ratschläge für Verletzte, Betriebsräte und Verbandsfunktionäre.

Es soll hier nicht die erste Hilfe der Wundbehandlung besprochen werden. Vielmehr sollen einige Rechtsfragen Behandlung finden, die oft in der ersten Bestürzung oder auch aus falscher Einschätzung des Unfalls übersehen werden. Es betrifft die Sicherung der Rentenansprüche aus der Unfallversicherung.

Kürzlich wurde einem Kollegen der Rentenanspruch von der höchsten Spruchinstanz in Versicherungssachen — dem Reichsversicherungsamt — abgelehnt, nicht weil der Unfall unermessen, sondern die Frist zum Geltendmachen von Ansprüchen verstrichen gewesen ist.

Nach § 1545 der Reichsversicherungsordnung (RVO.) sind die Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung auf dem Gebiete der Unfallversicherung von Amts wegen festzustellen. Wird die Unfallschädigung nicht von Amts wegen festgestellt — auch wenn es Unfälle mit Todesfolgen sind — so ist der Anspruch zur Vermeldung des Ausschusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. (§ 1545 RVO.) Sollte auch diese Frist ohne Anmeldung der Rentenansprüche verstrichen sein, so können diese noch geltend gemacht werden, wenn nachgewiesen wird, daß

1. eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst nach Ablauf der Frist in wesentlich höherem Maße, wenn auch in allmählicher, gleichmäßiger Entwicklung des Leidens bemerkbar geworden ist.

2. der Berechtigte an der Anmeldung durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens liegen.

Der Anspruch in diesen Fällen ist binnen drei Monaten anzumelden, nachdem die neue Unfallfolge oder wesentliche Verschlimmerung bemerkbar geworden oder das Hindernis weggefallen ist. (§ 1547 RVO.) Die Vorschriften der §§ 1546 Abs. 1, und 1547, Abs. 2, gilt ebenfalls für Unfälle mit Todesfolgen. (§ 1548 RVO.)

Die hier erwähnten Fristen werden auch gewahrt, wenn der Einspruch bei einem nicht zuständigen Träger der Unfallversicherung — etwa bei der sächsischen — anstatt norddeutschen Textilberufsgenossenschaft, oder bei einem Versicherungsamt angemeldet wird. Diese Stellen — bagegen nicht etwa Gewerbeaufsichtsamt oder Gewerbebehörde — sind verpflichtet, die Meldung an die richtige Stelle weiterzugeben. Sie haben zugleich die Beteiligten (Unfallverletzte) oder (im Todesfalle) dessen Angehörige zu benachrichtigen. (§ 1549 RVO.)

Unfallanzeigen der Betriebsunternehmer erfolgen nicht den erforderlichen Antrag auf Entschädigungsanspruch.

Diese Meldungen haben auf Grund einer besonderen Pflicht (§ 1552 RVO.) ohne Rücksicht auf das Entschädigungsverfahren zu erfolgen, wenn durch den Unfall ein im Betrieb Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Anzeige ist binnen dreier Tage, nachdem der Betriebsunternehmer von dem Unfall erregren ist, mündlich oder schriftlich der Ortspolizeibehörde des Unfallortes und der durch Satzung bestimmten Stelle der Berufsgenossenschaft zu erstatten.

Auch die amtliche Unfalluntersuchung erbringt nicht ohne weiteres den Rentenanspruch.

Sie setzt von Amts wegen oder auf Antrag ein und bezweckt, die näheren Umstände, die zum Unfallereignis führten, festzustellen. Der Unfallverletzte (oder bei dessen Unvermögen andere Berechtigte) können beim zuständigen Versicherungsamt die Untersuchung beantragen. Dieses kann die Ortspolizeibehörde erlauben, dem Antrag zu entsprechen. Der Verletzte oder dessen Hinterbliebenen sind berechtigt, an der Unfalluntersuchung — auch der nicht von ihm beantragten — teilzunehmen. Zur Untersuchung sollen auch etwa sonst Beteiligte zugezogen werden. (Zeugen.) Der Verletzte oder seine Angehörigen können erwachsene Angehörige oder andere Personen die das Verhängnis vor sich nicht geschäftsmäßig betreiben (Arbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsratsmitglieder, Betriebsamater) als Beizug zu den Verhandlungen hinzuziehen. (§ 1563, Abs. 5 und 4.)

Gleichfalls können Sachverständige auf Antrag der Berufsgenossenschaft oder des Verletzten hinzugezogen werden. Die Kosten trägt der Antragsteller.

Die Ortspolizeibehörde hält die Ermittlungen der Unfalluntersuchungen in einem Protokoll fest. Sie darf aber in jenen Fällen keine eidestätlichen Vernehmungen vornehmen. (§ 1564 RVO.) Die Beteiligten können Einsicht und Abschrift der Niederschriften verlangen. Schreibgebühr für letzteres kann erhoben werden. (§ 1562 RVO.)

Eine Abschrift der Niederschriften dürfte immer dann ratsam sein, wenn der Verletzte im Zusammenhang mit seiner Vernehmung zugleich Rentenansprüche geltend macht. Da er seine Aussage durch Unterschrift anerkennen hat, so dürfte diese Auserkennung zugleich als Antrag im Sinne des § 1545 RVO. gelten können. Die Abschrift wäre dann eine Befähigung der unternommenen Pflicht. Andernfalls müßte der Verletzte vorher noch ein anderer Antrag abgeben, weil sonst die sehr nötige Befähigung der rechtzeitigen Erhebung der Ansprüche fehler.

Der Betriebsrat — richtiger, das von diesem beauftragte Mitglied — von Gesetzes wegen bei allen Unfalluntersuchungen Beteiligten (§ 75 RVO.), ist namentlich Abschriften bei wesentlichen Untersuchungsergebnissen anfordern. Anfallende Schreibgebühren zählen zu den Geschäftskosten und sind von den Unternehmern zu tragen.

Soweit über die hier behandelten Fragen noch Unklarheit oder Zweifel besteht, ist bei der Verbandsgeschäftsstelle, dem Betriebsrat oder dem Versicherungsamt bzw. Ortspolizeibehörde Auskunft einzuholen. Keinesfalls darf aber

der Anspruch auf Versorgung bei Unfallschäden als unverletzlich und unverlierbar angesehen werden. Das eingangs erwähnte Geschick des verunglückten Kollegen, dann die vielen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung beweisen, daß der Gesetzgeber auch in die Unfallversicherung eine Reihe Klauseln eingebaut hat, die bei einer gewissen Käfigkeit in der Wahrnehmung von Rechten vielen Arbeitern Nachteile anstatt Vorteile zu bringen vermögen.

Darum bei Unfällen nicht vergessen, daß es auch wirtschaftliche Schäden zu heilen und vorzubeugen gilt.

### Der Fluch der niedrigen Löhne.

England beabsichtigt die Einführung eines Schutzzolles für Wollwaren. Dieser Schutz Zoll wird mit dem Lohndumping anderer Staaten begründet. Bei dieser Gelegenheit werden zwischen den englischen Löhnen und den französischen Vergleiche gezogen, die folgendes ergeben: Arbeiter in Rohwoll-Lagerhäusern erhielten 1914 in Bradford 25 Schilling und in Frankreich 19 Schilling 1 Pence, 1927 waren die Löhne in England auf 55,8 und in Frankreich auf nur 22,3 gestiegen. Für Wollortierer ist in Bradford eine Lohnsteigerung von 37,6 auf 80, in Frankreich aber nur eine Erhöhung von 31 auf 31,9 erfolgt. Für die Wollwäcker betragen die englischen Ziffern 27 bzw. 56,1 und die französischen 17,10 bzw. 23,4; und für Kämmer 31 bzw. 89,10 sowie 20 bzw. 21,9. Es zeigt sich also, daß die schon vor dem Kriege zu verzeichnende geringere Lohnliferenz zugunsten der englischen Arbeiter sich nach dem Kriege noch weiter gesteigert hat. Die französischen Löhne liegen kaum auf dem Vorkriegsniveau. — Auch an diesem Beispiel ist zu ersehen, daß niedrige Löhne die Grundlage alles Übels sind.

### Georg Rohlmus †

Am Sonnabend, dem 3. Dezember, ist Georg Rohlmus, der Geschäftsführer unserer Geschäftsstelle Plauen, durch den Tod von längerem Leiden erlöst worden. Damit ist ein arbeitsreiches Leben im Dienste der Textilarbeiterchaft zum Abschluß gekommen.

Vor seiner Anstellung in Plauen als Geschäftsführer war Rohlmus ein sehr rühriger Funktionär unserer Ortsgruppe Augsburg.

Als Mitglied der Ortsverwaltung, als Vertrauensmann seiner Belegschaft, als Gauvorstandsmitglied hatte er sich nicht nur das Vertrauen seiner Augsburger Kollegen erworben, sondern er war auch weiteren Kreisen der Verbandsglieder bekannt geworden. Das führte dazu, daß ihn die Ortsverwaltung Plauen im Jahre 1912 zu ihrem verantwortlichen Geschäftsführer wählte.

Fünfzehn Jahre hat er der Geschäftsstelle Plauen vorgestanden. Seine Arbeit war in der Hauptsache der Vertretung der Textilarbeiterchaft gewidmet und war auch von Erfolg gekrönt. Daneben fand er auch noch reichlich Zeit, um sich bei allen Anlässen der Partei zur Verfügung zu stellen.

Kriegsgefangenschaft und die Nachkriegsjahre mit ihrer Inflation, die damit verbundenen ununterbrochenen Tarifverhandlungen und die daraus resultierenden Aufregungen haben seinen Gesundheitszustand soweit untergraben, daß er im noch nicht vollendeten 50. Lebensjahre von der Bühne des Lebens abtreten mußte.

Er war ein Beispiel für die jüngere Generation der Kollegenschaft.

Ehre seinem Andenken!

### Aus den Gewerkschaften.

Hermann Silber Schmidt †.

Am Montag, dem 29. November d. J., erlitt der Genosse Silber Schmidt-Berlin einen Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholen sollte. Am 3. Dezember ist er an den Folgen gestorben. Silber Schmidt stand erst im 62. Lebensjahre; von Beruf war er Maurer und wurde 1898 Angestellter des Deutschen Maurerverbandes. Seit 1912 war er Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dem Reichstag gehörte er seit 1912 an. Berliner Stadtverordneter war er seit 1914. Genosse Silber Schmidt ist noch einer von den Älten, die sich unter dem Ausnahmegesetz die ersten Sporen verdient haben.

Die Trauerfeier und Einäscherung fand Donnerstag, den 8. Dezember, statt. Der Genosse Rudolf Wiffel hielt die Trauerrede, in der er mit Recht sagte: Ein Mann ist gefallen, der Treue hielt, ein Mann, der groß geworden ist in eigenem Willen und in eigener Laikraft, ein Mann, der ein gutes Stück deutscher Gewerkschaftsbewegung und deutscher Parteilichkeit in seiner Person verkörpert hat. Durch sein Leben ruft er uns zu: Ich habe meine Pflicht getan, tut ihr die eure! Nachrufe widmeten ihm noch die Genossen Nikolaus Bernhardt-Hamburg, Theodor Leipart für den ADGB, und Hermann Müller-Franken für die Partei.

### Berichte aus Sachreisen.

Rückblick über den Abschluß des Lohnkampfes im oberen Erzgebirge.

In einer überfüllten Versammlung, die am 24. November im Saale des Deutschen Kaiser in Buchholz stattfand, nahm die Textilarbeiterchaft Stellung zu dem Stande der Bewegung. Kollege Hermann berichtete von den Verhandlungen über den Antrag der Arbeitgeberverbände auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters vom 10. November vor dem staatlichen Schlichter in Dresden. Dr. Knors vom Annaberger Arbeitgeberverband führte aus: Der Schiedsrichter für das obere Erzgebirge geht weit über den westsächsischen Schiedsrichter hinaus und sei für die obererzgebirgische Industrie untaugbar, in einer Vollversammlung der Unternehmer sei der Schiedsrichter einstimmig abgelehnt

worden. Die Behörden hätten früher den Schwerbedrängten Industriellen des Erzgebirges immer Entgegentommen gezeigt, es scheine, als wolle man jetzt nur den Wünschen der Gewerkschaften entsprechen. Durch die Kündigungen der Arbeiter entstehe für die Industrie eine unsichere Lage, die Unternehmer hätten Maßnahmen beschlossen, durch welche sie sich wochen- resp. monatlang auf den Kampf einrichteten. Der Schlichter verwarf sich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit. Dr. Walther vom Chemnitzer Arbeitgeberverband hegt gleichfalls Bedenken über die Wirkung des Spruches, doch sei nicht abzuleugnen, daß die Löhne im Erzgebirge zurückgeblieben seien, der Ausgleich könne aber nicht mit einem Male, sondern müsse schrittweise erreicht werden, übrigens hätte die Arbeiterschaft selbst nur eine Lohnerhöhung von 7, höchstens 8 Proz. erwartet. Die Kollegen Winkler und Seitel weisen darauf hin, daß in ganz Deutschland die Löhne in der Posamentenindustrie bedeutend höher, in vielen Orten und Bezirken doppelt so hoch seien, als sie im Erzgebirge stehen; wenn im nahen Chemnitz die Posamentenarbeiter bis zu 50 Pf. die Stunde mehr erhalten und dort die Vereinbarung zwischen der Firma und der Arbeiterschaft getroffen worden sei, zu den jetzt gezahlten Löhnen die im Schiedspruch festgesetzte Erhöhung zu zahlen, dann sei es wohl auch den erzgebirgischen Unternehmern möglich, höhere Löhne zu zahlen. Kollege Hermann bespricht des näheren die Verhältnisse im Bezirk. Troßdem im oberen Erzgebirge von wesentlichen Ueberverdiensten nicht die Rede sein könne, weiterten sich die Unternehmer, den Akkordarbeitern Lohnzulagen zu gewähren, auch Facharbeiterzulagen würden mit den Lohnzulagen in Wegfall gebracht.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien erklärten die Arbeitgebervertreter, daß sie keine Vollmacht hätten, über den Schiedspruch hinaus Zugeständnisse zu machen, damit endeten die Verhandlungen. Der Schlichter hat am anderen Tag den Schiedspruch für rechtsverbindlich erklärt. Die Organisationsleitung müsse nun für Rücknahme der Kündigungen eintreten, in den Betrieben, wo noch Differenzen bestehen, müssen diese betrieblich erledigt werden. Sollen die Löhne im Erzgebirge wieder hochgebracht werden, dann darf die Arbeiterschaft nicht wieder in Gleichgültigkeit verfallen, sondern muß in intensiver Kleinarbeit die Organisation stärken, um den starken Arbeitgeberorganisationen eine gleichstarke Arbeitnehmerorganisation gegenüberzustellen; schon erdreisten sich einzelne Unternehmer, den Arbeitern das Recht der Organisationszugehörigkeit freitrag zu machen alle derartigen Bestrebungen melde man sofort der Organisationsleitung. Die Versammlung billigte einstimmig die Maßnahmen der Verbandsleitung.

Wie unangenehm die Bewegung für die Unternehmer war, gaben einige von ihnen durch ihr Verhalten zu erkennen, Herr Reichel, Annaberg, geriff sofort das Kündigungs-schreiben mit den Unterschriften der Arbeiter und erklärte es für ungültig, Herr Richard Wimmer, Annaberg, führt sich scheinbar noch etwa 30 Jahre zurück, ihm gefiel der anständige aber bestimmte Ton seitens des Betriebsrats bei der Kündigungsrücknahme nicht, er meinte, die Leute sollten darum bitten, weiter arbeiten zu dürfen; in seiner Ansprache glaubte er in väterlichem Ton seine Kinder vor ähnlichen Experimenten warnen zu müssen. Die Arbeiterschaft braucht keinen Vormund, sie wird in jeder Lage selbst wissen, wie sie sich zu entscheiden hat; auch mehrere andere Unternehmer glaubten durch Ansprachen die Arbeiterschaft beeinflussen zu können. Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen des oberen Erzgebirges, zieht aus dieser Bewegung die Lehre, daß nur gemeinsame Kraft Besserung schafft, deshalb hinein in die Berufsorganisation, den Deutschen Textilarbeiterverband.

### Literatur.

Weberkämpfe vor hundert Jahren.

Unter diesem Titel veröffentlicht der als vorzüglicher Stilist bekannte Kollege Joseph Lukas (Schweiz) ein sehr lehrreiches und zugleich unterhaltendes Schriftchen über die großen Kämpfe der Weber zu Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die hauptsächlichsten Kapitel tragen die Überschriften: „Glendoreolen und Maschinenzerstörung“, „Luddenbewegung in England“, „Weberaufstand in Schlesien“, „Kämpfe in Lyon“, „Der Fabrikbrand in Uster (Schweiz)“, „Unruhen in Böhmen“ usw.

Mit Bienenfleiß hat er das einschlägige Material aus der Literatur und Archiven zusammengetragen, um es zu einer Geschichte der Weberbewegung zusammenzufassen, wie sie in dieser prägnanten, konzisen und doch vollständigen Form bisher noch nicht existiert. Einige auf diese Vorgänge bezügliche Gedichte sind der Schrift angefügt; darunter das vollständige „Blutgericht“. Dieses Buch war bekanntlich der Kampfruf der Weber beim schlesischen Weberaufstand 1844 und ist auch in Hauptmanns Drama „Die Weber“ auszugswiese angeführt.

Den Schluß des 64 Seiten starken Wertchens bildet ein umfangreicher Literaturnachweis. Die Schrift ist somit nicht nur ein Geschichts-, sondern gleichzeitig auch ein Quellenwerk. Die erzählende Form, in der die Abhandlung gehalten ist, erhöht ihren Wert ungemessen. Der Preis ist auf das niedrigste bemessen und beträgt nur 50 Pf. portofrei, so daß es jedem Mitglied möglich ist, seine Bibliothek um dieses gut ausgestattete Wertchen, welches auf der Titelseite mit einer Reproduktion von Käthe Kollwitz aus dem Weberaufstand versehen ist, zu bereichern. Jedes Mitglied sollte hiernon Gebrauch machen. — Die Schrift kann am besten durch Sammelbestellungen durch die Filialleitungen durch die „Textilpraxis“ bezogen werden.

H. Röbel.

### Wer weiß die Adresse?

Frau B. Potthoff bei Gebr. Stollweil, Köln a. Rh., bittet uns, die Adresse ihres Mannes, Bernhard Potthoff, geb. am 18. März 1883 zu Weiden Kreis Steinfurt, ausfindig zu machen. Die Frau gibt an, daß sie sich mit ihren beiden Kindern in bitterster Not befindet. Wir bitten, die Adresse an uns einzuliefern zu wollen.

Die Redaktion.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 18. Dezember, ist der Beitrag für die 50. Woche fällig.

#### Adressenänderungen.

Gau Barmen. Ring-Rüsselsheim. V. u. K. Wilhelm Fabian, Rüsselsheim, Alie Kirchstr. 4.	Gau Egnitz. Marklissa. Das Bureau befindet sich jetzt: Marklissa, Baderstr. 182. Alle Zuschriften wie bisher an Paul Gläser, Schadewalbe.
Gau Stuttgart. Balingen. V. Christian Jetter, Balingen, Alie Christinger Str. 699.	Gau Berlin. Barch. K. Max Niemann, Banstr. 55.
	Union der Textilarbeiter Oesterreichs, Wien VI, Gorkergasse 6.

Verlag: Karl Schaber in Berlin, Wilmersdorfer Str. 89 — Verantwortlicher Redakteur: Eugen Trellat in Berlin. — Druck: Norddeutscher Anbdruckerei und Verlagsanstalt Emil Giesecke & Co. in Berlin.

## Schafft Selbstbewußtsein — keine Hörigkeit!

### Wie zu Frauen über Frauen und Frauenaufgaben nicht zu sprechen ist.

#### Ein kleiner Beitrag zum Kapitel Arbeiterbildung.

Wenn gesunde Kräfte erwachen und Blut sich durch sie ergießt — dann darf keine Hand hineintappen: das ist der wichtigste, der tiefstehende Augenblick im Menschenleben.

Frederik Bladnow in seinem Roman „Sement“.

Der Gelegenheitsarbeiter hatte, an Frauenversammlungen oder an Versammlungen mit sogenannten Frauenthemata teilzunehmen, ihm fällt nicht selten auf, wie wenig pädagogisch der zur Behandlung stehende Stoff geboten wird.

Die ganz Grundsätzlich beginnend gewöhnlich mit der Urzeit, während dem Hordenleben mit seinen geschlechtlich wenig differenzierten Arbeitsbedingungen, gehen zur Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau über und entwickeln weiter die sich allmählich herausbildende Vormachtstellung des Mannes, der im Besitz von Waffen und verbesserten Arbeitsgeräten — politisch und wirtschaftlich der Stärkere wurde; kommen dann im nächsten Sprung zum Mittelalter — der Zeit des Handwerks und der Zünfte —, dessen allgemeine Meinung ist: „Der Mann muß hinaus ins feindliche Leben — muß wirken und streben, muß wetten und wagen — das Glück zu erlangen“, erzählen Einzelheiten über den Frühkapitalismus — vom Textilarbeiterstand in England und Niederschlesien —, sprechen vom Reichvereinsgesetz, betonen die mangelhafte Erziehung der Frauen für öffentliche Vorgänge, streifen ihr Bevormunden im Straf- und Familienrecht und verweisen nicht in aller Breite, mitunter sehr vergrößert — oft sogar unzutreffend — die körperlich-seelischen Unterschiede zwischen Mann und Frau zu erwähnen, um endlich nach solcher Vorbereitung auf das eigentliche Thema einzugehen, das manchmal „Gegenwartsaufgaben der Frauen“ oder ähnlich hieß. Mit drei Sätzen wird es abgehan. Der erste gilt der zahlenmäßigen Bedeutung der Frauen in Wirtschaft und Staat. Der zweite zeigt, wie wenig bisher die Frauen die Errungenschaften des zwanzigsten Jahrhunderts, insbesondere die der Revolution zu nutzen und zu danken mußten, wie sie den Gegnern von Frauenrechten — und -freiheiten — Vertrauen schenkten und sie bei Wahlen über arbeiterfeindlichen Maßnahmen unterstützten. Der dritte Satz schließt gewöhnlich mit einem Appell zur Mitarbeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Wenn es ganz gut geht, dann dankt der Versammlungsleiter dem Redner (oder der Rednerin) für das vorzügliche Referat, das übrigens rhetorisch und inhaltlich sehr gut gewesen sein mag. Ist aber die Erklärung in der öffentlichen Politik führend, dann können manchmal noch Beispiele aus „unserem Orte“ angeführt werden in der gleichen Weise vorgetragen, denn sie sind ja bestimmt, die Ausführungen im Referat noch beweiskräftiger zu gestalten.

Referat und Erziehung unterrichten also ungewollt die zuhörenden Frauen und Männer vorwiegend nur über die bewiesene und noch übliche gesellschaftliche Minderwertung und geschlechtliche Sonderbelastung der Frauen. Was sie gesellschaftlich Wertvolles besitzen und geleistet haben, gerät ganz in Vergessenheit.

**Ergebnis:** Die Männer Frauen den Frauen keine rechte Kampf- und Bundesgenossenschaft zu und die Frauen meinen von sich daselbe.

Oder soll etwas anderes bei solcher Darstellungsart herauskommen? Wo doch ähnliches — wenn auch in anderer Form — von den Leuten, die in öffentlicher Meinung machen, immer wieder vertreten wird. Allerdings hier durchaus zweckbewußt. Die Kapitalisten, die heute nicht nur in der Presse, sondern auch in der gesamten Erziehung und geselligen Unterhaltung den beherrschenden Geist bestimmen, brauchen geistig-hörige, wirtschaftlich und politisch abhängige, persönlich unselbständige Frauen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung dagegen benötigt unbefangene, selbstbewußte, aus der Gegenwart herauswollende Frauen.

Deshalb muß hier das Erziehungsziel und damit die Erziehungsmethode ganz anders sein. Das Fühlen und Denken der Arbeiterinnen darf nicht, auch nicht unbewußt, unnötig mit Minderwertigkeitskomplexen beschwert werden. Genau wie das immer gescholtene Kind schuldlos, der ständig Gefahren ausgelegte gefahrenlos fährt, so kann das fortwährende Reden über Unfähigkeit, über späte und mangelhafte Anteilnahme an öffentlichen Geschäften bei den Frauen etwas ganz anderes bewirken, als den Willen zum Besseren, zum Wilmachen. Wie war schon zu vernehmen: „Ihr habt's doch gehört, der Mann und die Großen (Kapitalisten) sitzen von jeher immer voraus; bildet euch nur nicht ein, daß es anders wird.“ Der: „was ihr nur wollt, früher ging es doch auch ohne Frauen, warum soll es heute nicht gehen?“

Anderer meint: „vordem war es schlechter, heute ist es besser, was später wird wissen wir nicht, also bleiben wir bei dem was wir haben.“

Deshalb alles zu seiner Zeit. Wenn es durchaus Geschichte sein muß — und die Vergangenheit zu erkennen, ist gerade vorwiegend für die Arbeiterinnen sehr nötig —, dann ist das am richtigen Ort, bei jeder Gelegenheit und von richtigen, von weisen Menschen zu betreiben. Nicht nur von solchen, die Geschichte — oder die Epoche der Geschichte, über die sie reden, kennen. Es ist auch darauf zu achten, ob Mann oder Frau Geschichtsvorgänge vor Frauen behandeln. Am liebsten in Fällen, wo am Ende ein Werturteil zum Nutzen der Frauen gefällt werden soll und muß. Wenn die Frau das vornimmt und urteilt bzw. verurteilt, so erweist das als Ausdruck von Selbsterkenntnis, sie selbst aber als Beispiel für das künftige bessere Verhalten der Frauen. Bei dem Mann (allerdings nicht bei jedem Mann, es gibt auch hier Differenzierungen) können jene Fest-

stellungen als Vorwurf wirken und die Einstellung erzeugen: „Der hat gut reden, weil er ein Mann ist.“ Man traut hier dem Stärkeren alles, sich selbst, als dem Schwächeren Teil, nichts zu.

Dieses freiwillige Unter- oder Nachordnen der Frauen erklärt Dr. M. Baerting in ihrem Buche: „Die weibliche Eigenart im Männerstaat“ und „die männliche Eigenart im Frauenstaat“ mit der Hörigkeit, die sich in Epochen mit eingeschlechtlicher Vorherrschaft — heute der Männervorherrschaft — ergibt und die in jeder Lebenssphäre des unterdrückten Geschlechts bemerkbar und wirksam sein soll. Andere bezeichnen den Gang zur freiwilligen Unterordnung im Wesen der Frau begründet. Wie dem auch sei. Hier sind noch nicht aufgeträte, für die organisierte Arbeiterkraft aber sehr wichtige Fragen zu beantworten. Für die organisierte Textilarbeiterkraft liegt sogar für das Beantworten dieser Fragen ein Auftrag der Hamburger Generalversammlung vor.

Daß es Auswege aus dem Fragegewirr gibt, beweisen die inzwischen zur sozialistischen Bewegung gekommenen, und in ihr tätigen Frauen. Daß aber auch Waffen von Frauen nach jene Wege beschreiten müssen, wissen wir auch.

Darum, erschweren wir ihnen den Gang, den sie zu gehen sich anschicken, nicht unnötig! Vermeiden wir Darstellungen, die geeignet sind, beginnendes Selbstbewußtsein zu unter-

### Reden und Schweigen.\*)

Das Reden ist nur Silber,  
Das Schweigen aber Gold;  
Doch niemals sollst du schweigen  
Aus Furcht, aus Günst, um Sold.

### Zeit und Ewigkeit.\*)

Nur wer gerungen  
Mit seiner Zeit,  
Der kann ihr weben  
Ein neues Kleid;  
Nur wer bezwungen  
Ihr seine Zeit,  
Der kann erleben  
Die Ewigkeit.

\* Aus Robert Seidels „Gesammelte Gedichte“, Verlag A. H. B. Diez Nachf., Berlin.

Stärken, und Furcht und Demut, Abhängigkeit von einem Stärkeren wahrzurufen. Es sind die Schlechtesten nicht, die sich zu unseren Versammlungen einfinden. Meistens hat ihr Kommen schon eine Reihe innerer Hemmungen zu überwinden gekostet. Wird doch behauptet, das Sinnen der Frau wäre vorwiegend auf das Wohlergehen der Sippe, also auf das Dasein ihrer Blutsverwandten gerichtet. Wenn es sich nun darüber hinaus orientieren will, wenn es beginnt achtzugeben auf die allgemeinen menschlichen Lebensbeziehungen, dann verlangt solche Anstrengung Anerkennung; selbstverständlich aber keine Lohnhudeln.

Das letztere wäre ein weiterer Fehler. (Der übrigens auch manchmal geübt wird.) Er könnte vom Mann begangen, bei manchen Frauen außer der Befangenheit gegenüber gesellschaftlichen Dingen, noch erotische Bindungen auslösen, was den Willen zur Selbstbestimmung weiter lähmen und unterdrücken kann.

Wer zu Frauen und über Frauenaufgaben spricht, soll sich daher seiner Verantwortung stets bewußt sein. Soll sich immer der Gefahr erinnern, daß er nicht nur sehr

Ergänzung: Das in der letzten Nummer des „Textil-Arbeiters“ erwähnte Buch von Dr. Julian Marcuse „Hygiene des Arbeiterports“ ist bei A. H. B. Diez Nachf., Berlin, erschienen.

mißverstanden werden kann, sondern mit seinen Darlegungen auch das gerade Gegenteil seiner Absicht zu erreichen vermag. Diese gefährlichen Klippen, die fast in jeder Frauenversammlung unsichtbar errichtet sind, müssen, das erfordert die Zeit und das Arbeiterchickal, umschifft, müssen beseitigt werden. Das geht um so leichter, je mehr jener Umstand bewußt bleibt. Ohne Frauenversammlungen zu meiden oder sie mit noch leichterem Kopf, wie es jetzt leider oft geschieht, zu versorgen, braucht nur dort, wo der Boden glückert und der Samen der Arbeiterinnenbewegung verstreut werden soll, das mannigfaltige Heute in den Blickpunkt der Betrachtung gezogen werden. Da findet sich für viele, beinahe für alle Zukunftsaufgaben, eine Ausgangsmöglichkeit. Wie sagte doch der Dichter?

„Greift nur hinein ins volle Menschenleben,  
Ein jeder lebt's, nicht vielen ist's bekannt,  
Und wo ihr's anpackt, da ist es interessant.“

### Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf.

Die Bedeutung der Hausfrau im Wirtschaftsleben dürfen wir als bekannt voraussetzen. Sie ist die Verwalterin des größten Teiles des Volkseinkommens. Mehr als 60 Proz. des Volkseinkommens gehen nach den Berechnungen von Prof. Hirsch durch die Ledentür, d. h. sie werden für den unmittelbaren täglichen Verbrauch ausgegeben. Es ist aus diesen Gründen natürlich, daß die Frau an der Einkommensgestaltung des Mannes in besonderem Maße interessiert ist. Bestände bei den Frauen überall die natürliche Einsicht, dann müßten sie die besten Vorkämpfer für die gewerkschaftliche Idee sein. Daß es vielfach anders ist, beweist das Leben sehr häufig. Welche Aufklärungsarbeit hier noch geleistet werden muß, dürfte deshalb nicht näher zu beweisen sein. Doch wenn die Frau einmal von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes überzeugt ist, dann wird sie zu einem der treuesten Anhänger.

Bei großen Streiks haben wir des öfteren die Wahrnehmung gemacht, daß es Frauen waren, die die Männer zum Durchhalten ermunterten. Ueber einmal mehr gehungert, als ein Hunger ohne Ende. Der mit musterhafter Ruhe geführte Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat auch leuchtende Beispiele von dem Kampfermut der Frauen gebracht. Ein Berichterstatter der „Fr. Ztg.“, der das Streikgebiet besuchte, streut in seinem Bericht folgende Bemerkung über die Frau als Kampffaktor ein:

„Entscheidend ist die Frau.“

Auf ihr ruht zuletzt die ganze Last. Der Mann gibt das Geld. Sie muß rechnen, rechnen, rechnen. Genau, jeden Pfennig. Ist sie ein Prachtgeschöpf, dann gibt es noch ein Familienleben; ist sie weniger widerstandsfähig, weniger mütterlich, kann es zur Hölle werden. Ohne jede Schuld auf irgendeiner Seite. Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf, denn sie ist die Gequälte.“

Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf! Das stellt der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung fest. So sollte es überall sein. Die Frau muß, das ist sie ihrer wirtschaftlichen Stellung, ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter schuldig, zur aufrechtesten Kämpferin für die gewerkschaftliche Idee werden. Es ist Aufgabe der Männer, die Frauen aufzuklären und sie mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen bekanntzumachen. Frauenaufklärung bringt den höchsten Gewinn, verbürgt der Gewerkschaftsbewegung die nötige Stabilität. Da die Frau die Erzieherin der Kinder ist, geht die Einsicht auf die nächsten Geschlechter über. Wir zerbrechen uns vielfach die Köpfe über bessere und wirkungsvollere Agitationsmethoden. Hier liegt ein Feld von ungeheurer Ergiebigkeit.

Bedenkt es!

## Zu den Lohndifferenzen in der badischen Textilindustrie.

Der Landesverband der badischen Textilindustriellen hat am 16. November ein Rundschreiben, das streng vertraulich behandelt werden sollte, an seine Mitgliederfirmen versandt, wodurch er alle Vorbereitungen für eine Aussperrung getroffen hat.

Das Arbeitgeberrundschreiben lautet:

Streng vertraulich! Freiburg, 16. November 1927.

Betrifft: Aussperrung.

Wir haben bisher von etwa 33 Betrieben die Erklärungen der Betriebsräte bzw. der Vertrauensleute der Belegschaften vorliegen, daß sie sich bei Gewährleistung der Weiterbeschäftigung mit der vorgeschlagenen Lohnerhöhung von zwei Pfennigen einverstanden erklären. Allgemein besteht keine Streiklust und es ist sicher, daß die beabsichtigte differenzierte Aussperrung ihren Zweck erreichen wird, wenn die Gewerkschaften etwa einzelne Betriebe zum Streik bringen. Wir rechnen bei der Umlage zunächst mit höchstens ein Drittel der Betriebe. Im allgemeinen besteht bei der Arbeiterkraft durchaus Verständnis dafür, daß es jetzt wichtiger ist, mit einer, wenn auch kleinen Lohnerhöhung weiterzukommen und weiterzuarbeiten, als in absehbarer Zeit wieder vor stärkerer Kurzarbeit zu stehen.

Die beschlossene besondere Umlage gibt die Mittel, bestreikte Firmen im obigen Umfange für jeden Streikschaden auf längere Zeit voll zu entschädigen, wenn die nichtorganisierten Belegschaften von der Aussperrung ausgenommen werden.

Die Gesamtverbandsleitung hat, falls die Streiks länger dauern oder größeren Umfang annehmen sollten die Mittel zu weiterer voller Entschädigung bereitgestellt.

Die Kommission für Auftragsverteilung wird Ihnen die Richtlinien über die Verteilung dringender Aufträge in wenigen Tagen unmittelbar zustellen.

Wir bitten unsere Mitgliederfirmen auch den zweiten Teil der Sonderumlage alsbald auf das Konto 30 914 beim Postfachamt Karlsruhe einzuzahlen. Ueber die Verwendung des Kontos wird bekanntlich die Mitgliederversammlung entscheiden.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen in Freiburg wird besonderer Bericht zugehen.

Sch., Regierungsrat a. D.

Das Rundschreiben, das bereits am 16. November in die Welt gegangen ist, beweist, daß der Landesverband der badischen Textilindustriellen nicht gewillt ist, auf friedlichem Wege über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Diese Kampfmaßnahmen, die er so vorzeitig getroffen hat, sind Beweis genug, daß die badischen Textilindustriellen die Lohnfrage als Machfrage betrachten.

Das Arbeitgeberrundschreiben gemahnt aber auch die Arbeiterkraft zum sofortigen Beitritt in ihre Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband. Die Unternehmer sind in sich gespalten und einig. Dagegen die Arbeiterkraft nicht. Durch das Rundschreiben ist bewiesen, daß die Unternehmer auf die Unorganisierten rechnen. Sie sind der Meinung, daß die unorganisierte Arbeiterkraft ihnen im Lohnkampf beibringt. Dieses Rundschreiben ist ein weiterer Beweis für die große Schädigung die die Unorganisierten sich selbst und ihrer Mitarbeiterschaft zufügen.

Textilarbeiter und -arbeiterinnen, zieht aus dem Rundschreiben der Unternehmer die richtige Folgerung, werdet Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

### Wirtschaftsünden der Unorganisierten.

Von Franz Vogt, Bochum.

Bewußt ist die Frage, organisiert oder unorganisiert, in erster Linie von dem moralischen, dem sittlichen Empfinden des einzelnen Arbeiters abhängig. Das idealste Moment spielt deshalb auch in der Mitgliederwerbung die größte Rolle. Es ist auch die Seele einer Massenbewegung, die in ihren letzten Zielen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Freiheit strebt. Die hohe Idee zündet, reißt fort und verfestigt sich zu riesenartigen Organisationen, denen die Treuhänderschaft im sozialen und wirtschaftlichen Freiheitskampfe übertragen ist.

Wenn jene hohe Idee, die zur Gründung der Gewerkschaften führte und die, solange nicht ihre Ziele Tat geworden sind, den Geistern ihres Handelns bildet und bilden wird, wenn dieses Ideal bei jedem einzelnen Arbeiter Anklang fände und ihn zum Handeln veranlassen würde, dann gäbe es keine Unorganisierten. Leider ist das nicht der Fall. Es gibt eben auch in der moralischen Bewertung der Menschen Unterschiede. Da nun aber gerade bei den am wenigsten ideal Veranlagten das Gefühl für das materielle, der Sinn für das eigene Ich stark ausgeprägt ist, so mag ihnen hierzu etwas gesagt sein.

Beginnen wir beim Lohn. Das Argument des Unorganisierten heißt: „Ich bekomme auch den Lohn, ohne in der Organisation zu sein.“ Das stimmt. Leider. Das sittliche Moment, daß es unehrenhaft ist, den von der Gewerkschaft errungenen Lohn zu nehmen, ohne für sie Opfer zu bringen, also auf Kosten seiner Kameraden zu leben, mag hier ausschlagend sein. Doch selbst dem ebenso wohl kurzfristig berechnenden Unorganisiertenversteher mag folgende Unternehmerrechnung zu denken geben: Der Arbeitgeber sagt sich: „Ich gebe dem Unorganisierten denselben Lohn wie seinen Kollegen, die der Gewerkschaft angehören, denn tue ich es nicht, dann treten auch sie dem Verbands bei. Dadurch wird die Schlußkraft der Organisation gestärkt und ich muß höhere Löhne zahlen als jetzt. Das erste ist das kleinere Uebel und deshalb wähle ich es.“ Lohnaufbesserungen werden auf diese Weise zwar nicht verhindert, dazu ist das Heer der sich Opfern, der Organisierten zu groß, aber ihr Tempo wird verlangsamt. Die Schuldfrage zu lösen ist nicht schwer. Schuld daran ist in gleichem Maße die Kurzsichtigkeit der Unorganisierten und die Gerissenheit des Unternehmertums.

Ein anderer angeblicher Grund für das Fernbleiben von der Organisation ist die Furcht vor der Arbeitslosigkeit. Es ist bei einem Erwerbslosen von einer halben Million Arbeitslosen schwer, Arbeit zu bekommen. Gewiß, wenn keine Arbeitslosen wären, bestände diese Sorge nicht. Aber auch hier mag der Unorganisierte einmal nach den Gründen der Erwerbslosigkeit fragen. Woher kommen die Erwerbslosen denn? Sie haben keine Arbeit, weil zu wenig Waren erzeugt werden. Es wird aber, so geht hier der Gedankengang folgerichtig weiter, zu wenig produziert, weil zu wenig gekauft wird, und das hat seinen Grund in den niedrigen Löhnen. An denen hat aber, wie oben gezeigt worden ist, niemand mehr Schuld als der Unorganisierte selbst. Also auch das Uebel ist durch Beitritt zur Organisation abzuschwächen und zu beseitigen. Außerdem ist ja auch die Verkürzung der Arbeitszeit eine Frage der gewerkschaftlichen Stärke. Und auch hier ist der Beitritt zur Organisation ein Weg, um den Arbeitslosen Arbeitsplätze frei zu machen. Daß auch die staatliche Erwerbslosenfürsorge ein Verdienst der Gewerkschaften ist, sei nur nebenbei erwähnt.

Ebenso wichtig wie der Lohn ist für den Arbeiterhaushalt der Warenpreis. Der Einwand, daß Lohnsteigerungen durch sofort eintretende Preissteigerungen wieder aufgehoben werden, ist ebenso falsch wie falsch. Es ist hierbei vergessen, daß wir nicht mehr in der Inflation leben, wo dieser Gedankengang mit der Wirklichkeit übereinstimmte. Immerhin mindern Preissteigerungen, ganz gleich auf welche Gründe sie zurückzuführen, die Kaufkraft des Lohnes. Den Preissteigerungen wirken die Organisationen der Arbeiterkraft entgegen. Teilweise bestimmen sie über die Preise mit (Kohle, Kali). Sie sind außerdem auch bestrebt, in den großen Kongressen das Mitbestimmungsrecht über die Preise zu erreichen. Durch Propaganda, und nicht zuletzt durch Gründung eigener Unternehmungen (Konsumvereine, Bäckerei u. a.) ist ihr Einfluß im Sinne niedriger Preise wirksam. In all diesen Bestrebungen zum Nutzen der gesamten Arbeiter- und Verbraucherschaft trägt die Unorganisierte nicht die Organisationen der Arbeiterschaft. Also will er hohe Preise.

Ach nein, er will sie nicht, er will auch keine niedrigen Löhne, und er erblickt in einem großen Arbeitslosenheer ebenfalls einen Nachteil für seine Lage. Wenn er das alles nicht wollte, ginge es noch. Aber er will noch mehr nicht. Er will auch nichts ändern, nicht helfen, daß es anders und besser werde. Er will keine Opfer bringen, weder für sich noch für andere, er sieht auch solche Opfer, die in Wirklichkeit gar keine sind, wie den Verbandsbeitrag. Aus dieser Geisteshaltung ist aber noch keine große Tat geboren worden. Sie zu vollbringen erfordert Hoffnungsreueigkeit und Siegeszuversicht. Und diese zu verbreiten ist deshalb Aufgabe der organisierten Arbeiter.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Chemnitz.** Generalversammlung der Textilarbeiter. Am 20. November 1927 fand im „Volkshaus“ Chemnitz die Vierteljahresgeneralversammlung der Textilarbeiter statt. Im Vierteljahresbericht schilderte der Vorsitzende noch einmal die gesamte Lohnbewegung. Wie bekannt, mit einem Schiedspruch endete. Immer deutlicher wird der Wille der Arbeitgeber, die Tariflöhne möglichst niedrig zu halten. Was in den Verhandlungen wiederholt von uns behauptet wurde, ist nunmehr eingetreten. Man hat in allen Betrieben Zugeständnisse gemacht, die in der Verhandlung als untragbar für die Industrie hingestellt wurden. Auf's neue ist damit der Beweis erbracht, daß alle die Behauptungen der Unternehmer nur aufgestellt wurden, um die Schiedsinstanzen von der Festsetzung höherer Löhne abzuhalten. Wir werden in Zukunft den Tarifgeboten weiter nachgeben, müssen jedoch mit verstärkter Kraft allen Bestrebungen der Unternehmer entgegenarbeiten. In der Mitgliedsdankbewegung ist ein erheblicher Aufschwung zu verzeichnen, doch muß auch dieser noch weiter gefördert werden. Ebenso ist die Entwicklung der Beitragshöhe auch für die Zukunft noch sehr verbesserungsbedürftig. Besonders die Facharbeiter müssen in die höheren Beitragsklassen übergehen.

# Sturmzeichen.

Überall fordern sie empork, die Sturmzeichen des wirtschaftlichen Kampfes!

Überall müssen die Arbeiter kämpfen, um nun endlich auch einen Vorteil von der schon seit Monaten durchgeführten Rationalisierung zu erhalten, und überall versuchen die Unternehmer mit allen Mitteln, den Arbeitern auch fernerhin die Früchte dieser Rationalisierung vorzuenthalten.

Wie vor Jahrzehnten, so erklären auch heute noch die kapitalistischen Unternehmer, daß es unmöglich ist, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, weil die Wirtschaft eine Lohn-erhöhung nicht vertragen könne; daß vielmehr all die Unternehmerwünsche auf Fülle, Herabsetzung der Steuer- und Soziallasten usw. erfüllt werden müßten, wenn eine Wirtschaftskatastrophe vermieden werden soll.

Zum Glück haben die Klassenbewußten Arbeiter diesem Unternehmergeschwätz nie Glauben geschenkt, haben sich in Gewerkschaften zusammengeschlossen und haben in oft harten Kämpfen die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen, ohne daß jemals die Schredgespenster profitgieriger Unternehmer getaumelt wären.

Doch haben die Unternehmer immer gelommen, wie sie der wachsenden Macht der Arbeiterschaft ihre Macht entgegenzusetzen können. Sie haben Arbeitgeberverbände, schwarze Listen und Kampfstößen geschaffen, um nach ihrem Willen und zum Schaden der Arbeiterschaft den Arbeitsmarkt zu beeinflussen. Sie sind aber auch schon vor dem Kriege dazu übergegangen, durch Zusammenschluß vieler Einzelunternehmen in Kartellen und Syndikaten sich große Wirtschaftsorganisationen zu bilden, durch die es ihnen möglich wurde, den Preis der Waren zu diktieren und sich erhöhte Gewinne zu sichern. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß hat in der Nachkriegszeit weitere Fortschritte gemacht, und zu den Kartellen und Syndikaten kamen die großen Konzerne, Trusts und Interessengemeinschaften. Sie alle erstreben mehr und mehr die Beherrschung des Marktes, um den Preis ihrer Waren den Konsumenten zu diktieren und sich auf diese bequeme Weise ungeheure Profite zu sichern.

Die Arbeitergewerkschaften haben seit Beginn der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der kapitalistischen Unternehmungen erkannt und immer wieder betont, daß diese Zusammenschlüsse letzten Endes die völlige Beherrschung des Marktes zum Ziele haben und damit eine Gefahr für Arbeiter und Konsumenten bilden. Die kapitalistischen Unternehmer wollen den Markt beherrschen, sie wollen die Preise diktieren, um sich einen ungewöhnlich guten Profit zu sichern. Wie alles Wirtschaften im Kapitalismus nur getrieben wird vom Gewinnstreben, so war es auch bei diesen Zusammenschlüssen.

Deshalb konnten selbst dem Kapitalismus freundliche Wirtschaftstheoretiker nicht mehr verschweigen, daß in den Zusammenschlüssen tatsächlich die Gefahr der Marktdiktation und des Preisabwärtens enthalten sei. Doch, so sagen sie, bestehen daneben auch Vorteile, die der Arbeiterschaft zugute kommen. Denn die Zusammenschlüsse sichern auch eine ständige Beschäftigung der Arbeiter. Dies sei eine unausbleibliche Folge der kapitalistischen Zusammenschlüsse, während die Beherrschung des Marktes und das Diktieren der Preise nur als Gefahr in ihnen schlummere. Denn wenn die Preise bestimmter Waren eine unnatürliche Höhe erreichen würden, dann kämen gewiß genug lächtige Kapitalisten, die als Außenseiter, d. h. als Nichtmitglieder des Kartells oder Syndikats usw., eigene Unternehmen einrichteten, in diesen Waren herzustellen, damit das Angebot dieser Waren vergrößert und so die unnatürliche Höhe ihres Preises herunterbringen würden.

Nur schade, daß diese klugen Leute sich getrrt haben. Denn die stetige Produktion und die ständige Beschäftigung der Arbeiter blieb fast ganz aus, dafür wurde Marktbeherrschung und Preisbildung, die nur als Gefahr in den Zusammenschlüssen schlummern sollten, grausam wirklich. Diese formalistischen Theoretiker hatten bei ihrem Unverständnis für proletarisches Leben und infolge ihrer großen Gelehrsamkeit die ungeheure Macht des Kapitals nicht erkennen können. Ihr Traum war zu schön, um wahr zu sein. So kam alles anders als sie gedacht.

Als nämlich die Kapitalisten der großen Wirtschaftsgebilde merkten, daß erstrebte Marktbeherrschung und Preisbildung von Außensternern gefährdet wurden, da kauften sie die Außensteller einfach auf. Geld war ja für diese Zwecke genug vorhanden, und wenn man durch Aufkaufen der Außensteller weicher den Markt beherrschen und die Preise diktieren konnte, dann wurde ja weiter genügend Geld verdient. Das Aufkaufen ist in den letzten Jahren in allen Industrien nicht selten gewesen. Darum ist es bei dieser Geschäftspraxis nicht aus geblieben, daß sündige Kapitalisten ein neues Unternehmen nur einrichteten, um aufgekauft zu werden. Ja, es ist vor gekommen, daß besonders gerissene Spekulanten die Gründung neuer Unternehmungen nur vorläufigen, um nette Verbindungsnummern zu erhalten, die von den großen Wirtschaftsgebilden auch tatsächlich gezahlt wurden. Die Summen wurden gezahlt, damit die von dem Spekulanten vorgekauften, aber nie ernstlich gewollte Errichtung der Unternehmung unterblieb.

Nun könnte der Arbeiterschaft ja gleich sein, wenn ein kapitalistischer Unternehmer den andern nepp, ihn anschlüssen und betriegt. Nur hat dieser Fall auch für uns Arbeiter den Nachteil, daß die Kosten dieser Betrügereien wir durch den Arbeitsaufbringen haben, die wir nicht bezahlt bekommen.

Dies gilt es einmal zu beachten. Zum andern lehnen wir die Vorkommnisse, wie groß die Macht des organisierten Kapitalismus ist. Und als drittes darf nicht vergessen werden, daß dieser Kapitalismus, der seine eigenen kapitalistischen Klassenangehörigen aufrißt, bestimmt keine Rücksicht auf kleine Klassenangehörigen, den Arbeitern, nehmen wird.

Daß der Kapitalismus eine wirtschaftliche Macht gegen über den Arbeitern verkörpert, daß er keine Rücksicht auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter nimmt, und daß er nie den Arbeitern den ihnen zukommenden Lohn zahlt, das haben denkende und überzeugte Arbeiter schon längst erkannt. Sie haben sich deshalb in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossen, um als organisierte Macht den Kapitalisten ein Bollwerk entgegenzusetzen. Aber noch gibt es viele Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich noch nicht eingereicht haben, die die Gefahren noch nicht erkannt haben, weil sie in ihren Lokalzeitungsberichten Augenberglicher Führung nichts von dem Profitstreben des Kapitalismus und seinen Auswüchsen lesen.

Deshalb müssen wir den noch Fernstehenden diese Kenntnisse bringen, müssen wir ihnen all die drohenden Gefahren schildern, müssen sie immer und immer wieder aufrütteln und mahnen, damit auch sie eintreten in unseren Deutschen Textilarbeiterverband, damit auch sie unsere Reihen stärken und mithelfen, daß wir unüberwindlich werden.

Sturmzeichen drohen! Textilarbeiter! wacht auf! Schließt euch zusammen, damit ihr dem Sturm der kapitalistischen Unternehmer trotzen könnt. U. S.

Zum 2. Punkt referierte Kollege Lang vom Hauptvorstand Berlin über „Neue und alte Kampfmittel der Textilarbeiter“. Ausgehend von den ersten Zusammenschlüssen in dem Gesellenverein, schilderte er die verschiedensten Entwicklungsstufen der Kampfmittel der Arbeitgeber gegen die Arbeiter. Die Kämpfe von heute sind im Vergleich zu früher anderer Art. Auch die Methoden und Mittel der Kampfesführung auf der Arbeitgeberseite haben sich geändert. Seit über den Rahmen des einzelnen Ortes sind die Bewegungen hinausgewachsen. Besonders in unserem Tarifgebiet werden mehrere Hunderttausend von dem Tarifvertrag erfasst. Gegenwärtig haben die Arbeitgebervereinigungen zur Unterstützung der festgestellten Firmen Unterbringungseinrichtungen geschaffen, für welche sie 5 Mk. pro Arbeiter und Monat aufbringen. Diese Maßnahmen der Unternehmer müssen auch die Textilarbeiterchaft anregen zur weiteren organisatorischen und finanziellen Stärkung ihrer Organisation. An der Beschlossenheit der Textilarbeiterchaft müssen die Kampfmethoden und der Nachdruck der Unternehmer scheitern. Einstimmig wurde beschlossen, von einer Diskussion über diesen in Form und Inhalt vorzüglichen Vortrag abzusehen. Verschiedene Verwaltungsausschüsse füllten den Schluß der Versammlung aus. Hier verfuhr ein Redner der A.D., noch einmal die Stellung der Opposition herbeizuführen, fand aber dabei einen einmütigen Widerspruch in der Versammlung.

**Süchteln.** Daß die Unorganisierten häufig und masslos unseren Verbandsvertretern allerlei hüßliche Taten nachreden, sie beschimpfen und verleunden, ist allgemein bekannt. Wenigstens hier, wo A.D. und Syndikalistin darum miteinander wetteifern. Es geschieht, um die Kennzeichnung von sich abzulenkten. Man will vor der Textilarbeiterchaft nicht als Schlichter, Kasser stehen, der nur erriet, wo

### Lustiges.

Feine Familie.

„Gestern“ erzählte Blau seinem Sozjus, „ruft meine Freundin an, ihr Mann sei fortgefahren. Ich soll um fünf kommen. Um halb fünf bin ich da. Geht eines aus ihrer Wohnungstür. Was soll ich dir sagen? Mein Sohn.“ „Hätt ich gebrochen.“ „Hab ich auch. Ich gehe nach Hause. Kommt einer aus meiner Wohnungstür.“ „Wer?“ „Der Mann meiner Freundin.“

„Die 10 Gebote.“

Ein Junge hatte gestohlen, weil er Geld für das Kino haben wollte.

„Warum hast du die Mark genommen?“, fragte der Postkist streng. „Bitte, Herr Beamter“, sagte der Knabe schluchzend, „ich wollte doch so gern die 10 Gebote sehen.“

er nicht gefüt hat. Der Arbeiterrat, getragen von Organisierten, für die Unorganisierten ein steter Mahner. Dauern kommen sie einander in Berührung. Immer wieder muß sich der Unorganisierte sagen lassen: Das und das hat der Arbeiterrat auch für dich mit getan. Was wunder, daß der Unorganisierte sucht, den Mahner totzukriegen. Er weiß, wie erfolgreich bei einer großen Zahl Arbeiter die Verkennung der Verbandsvertreter gewirkt hat. Er versucht er es auch so gegen den Arbeiterrat. Die unglaublichen Dinge werden oft dem Arbeiterrat nachgesagt. Verleumdungen entspringen meist der Bosartigkeit und der Dummheit. Darum läßt man Verleumder allgemein laufen. Der Arbeiterrat der Firma Gebr. Roské in Süchteln sagt aber, auch dieser Verleumder muß mit anderen Mitteln einmal Einhalt getan werden. Er hat mit folgender Bekanntmachung, die ans schwarze Brett im Beträ angehängen wurde, einen solchen Verleumder so gestäubt:

An die  
Mitarbeiterchaft der Firma Gebr. Roské in Süchteln.

Infolge Konjunkturrückgang machte sich Einschränkung der Arbeitszeit nötig. Die Firma hat dem Arbeiterrat zur Kenntnis gebracht, daß die Arbeitszeit gekürzt werden muß für die eine Gruppe auf 38 Stunden, für die andere Gruppe auf 48 Stunden pro Woche. Außer dieser Arbeitszeiteinschränkung wünscht die Firma auch noch Arbeiterentlassungen vornehmen zu können, weil die Aufträge sehr knapp geworden seien.

Zur Besprechung der Arbeitszeiteinschränkungen bzw. Arbeiterentlassungen ist die Belegschaft zur Versammlung auf Donnerstag, den 17. November 1927, eingeladen worden. Der Arbeiterrat hat über das Ergebnis der Verhandlung mit der Firma berichtet.

In der Debatte zu diesem Bericht behauptete der Unorganisierte, Samweber Mathias Busch sen., Süchteln-Sittard, „Der Arbeiterrat habe bei der Firma beantragt, 20 Arbeiter zu entlassen, damit er, der Arbeiterrat, voll, das heißt 53 Stunden arbeiten könne.“

Diese Behauptung ist beweislos und eine grobe Verleumdung des Arbeiterrats. Busch ist ersucht worden, diese Verleumdung zurückzunehmen. Busch hat das nicht getan, obwohl er sich bewußt ist, daß seine Behauptung eine Unwahrheit und Verleumdung ist.

Wir sehen uns daher veranlaßt, Busch als einen Verleumder des Arbeiterrats zu erklären.

Wir bitten die Mitarbeiterchaft, gebührend Kenntnis davon zu nehmen.

Der gesamte Arbeiterrat.